



# Investitionshaushalt macht Thüringen sozialer und gerechter

Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow in der Plenardebatte zur Einbringung des Doppelhaushalts 2018/19

**Im Rahmen einer ausführlichen und grundsätzlichen Debatte befasste sich der Thüringer Landtag am 31. August mit dem von Finanzministerin Heike Taubert eingebrachten Entwurf für den Landesdoppelhaushalt 2018/19. „Damit macht Rot-Rot-Grün Thüringen sozialer und gerechter - und zwar für alle Menschen“, hatte die Vorsitzende der Fraktion Die LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, in ihrer Rede betont.**

Die Landespolitikerin verwies auf den durch die Zahlen unterlegten „Dreiklang solider Haushalts- und Zukunftspolitik in Thüringen: Gestalten mit hohen Investitionen, Vorsorgen, keine neuen Schulden aufnehmen und von der CDU hinterlassene Altlasten abbauen.“

Dabei werde der Haushalt „natürlich nach sozial gerechten Gesichtspunkten gestaltet“, was allerdings der Thüringer CDU überhaupt nicht zu gefallen scheine. „Sie zieht mit Unwahrheiten durchs Land und sammelt Populistenpünktchen“, sagte Susanne Hennig-Wellsow.

Die so genannten Sondervermögen - die Finanzministerin hatte in diesem Zusammenhang von einem, unter CDU-Verantwortung aufgebauten Schattenhaushalt gesprochen - hatte die LINKE-Politikerin als Sonderschuldenvermögen und millionenschwere Altlasten der CDU-geführten Regierungen bezeichnet. Rot-Rot-Grün set-

ze einen Teil der Überschüsse im Landeshaushalt dafür ein, die in CDU-Zeiten angehäuften Schulden von 60 Milliarden Euro zu tilgen.

„Das Image des Schuldensaubermanns stimmt nicht“, so die Abgeordnete zu Mike Mohring, dem CDU-Fraktionsvorsitzenden.

**„Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse“**

Die Koalition habe sich natürlich an die bestehenden Gesetze zu halten, wenngleich „die Schuldenbremse eine Investitionsbremse“ sei. Und: „Wir nehmen nicht nur nicht neue Kredite auf, wir tilgen sogar CDU-Altschulden.“

„Zu nachhaltiger Politik gehören Investitionen ohne Wenn und Aber“, erklärte die Fraktionschefin. Dabei werden „mit diesem Investitionshaushalt“ die Schwerpunkte für die kommenden zwei Jahre in den Bereichen Kindergärten und Schulen, Infrastruktur und Kommunen, öffentliche Sicherheit, Arbeit und Kultur, Pflege und Gesundheitsversorgung gesetzt.

Unbestritten sei es notwendig, dass der Bund und die Länder die „Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und in die öffentliche Daseinsvorsorge stärken müssen“.

Dafür brauche es eine andere Steuer- und Finanzpolitik. Die Landespolitikerin wörtlich: „Um das zu finanzieren,

wollen wir als LINKE Millionäre besteuern, also eine Vermögenssteuer von fünf Prozent auf alle Vermögen oberhalb von einer Million Euro. Wir wollen die Reichensteuer erweitern, also 60 Prozent ab rund 260.000 Euro und 75 Prozent auf Einkommen oberhalb von einer Million Euro. Dagegen wollen wir die Steuern für Menschen mit durchschnittlichem und niedrigem Einkommen senken, also den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro erhöhen und alle, die weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdienen, entlasten.

**„Ein auf Krawall gebürsteter CDU-Fraktionsvorsitzender“**

Unter Bezug auf Mike Mohring, der vor ihr gesprochen hatte, machte die LINKE-Politikerin deutlich: Die CDU-Opposition habe erneut nicht erkennen lassen, dass sie ihre Blockadepolitik beenden und konstruktive Vorschläge für die Gestaltung des Landes unterbreiten wolle. „Ein auf Krawall gebürsteter Fraktionsvorsitzender“ habe sich darin gefallen, mit allerlei Halb- und Unwahrheiten Stimmung zu machen. „Wir aber gehen jetzt konzentriert in die parlamentarischen Haushaltsberatungen und Anhörungsverfahren mit den Organisationen und Verbänden. Landesregierung und Koalitionsfraktionen haben ihr Versprechen gehalten und frühzeitig einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der sozial gerecht ist sowie solide und mit Augenmaß aufgestellt wurde.“



## Die Ausgaben für Bildung, Jugend und Sport steigen deutlich

**Die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow hatte in ihrer Haushaltsrede auf einzelne Schwerpunkte der Ministerien verwiesen, in denen die LINKE verantwortlich zeichnet:**

Die für Bildung, Jugend und Sport veranschlagten Ausgaben steigen im Haushaltsjahr 2018 um 55,6 Millionen Euro und damit deutlich gegenüber denen des Jahres 2017. Beispielhaft seien die Reisekosten für die Klassenfahrten genannt. „780.000 Euro jetzt, dann jedes Jahr 409.000 Euro mehr pro Jahr. Damit reagieren wir auch auf Probleme, die es in der Vergangenheit gab.“

Massiv aufgestockt wird bei den Stellen für Horterzieherinnen. „Nach Auslaufen des ‚Modellversuchs Grundschulhorte‘ geht es von 1.333 Stellen

auf 2.156 Stellen - das ist eine Steigerung um 823 Stellen.“

„Wir holen mehr Lehrerinnen und Lehrer an die Schulen“: In diesem Jahr 615, im Jahr 2018 sind es 775 und im Jahr 2019 dann 1.108. „Insgesamt sind die Personalausgaben der größte Ausgabenblock des Einzelplans 04 - und das ist gut so, denn es sind Ausgaben für diejenigen, die unsere Kinder und Jugendlichen erziehen und ausbilden.“

Für das beitragsfreie Kita-Jahr sind für 2018 und 2019 je 29 Millionen Euro eingestellt. „Gute und kostenfreie Bildung für alle Kinder, das ist unser Ziel - das beitragsfreie Kita-Jahr ist ein wichtiger Schritt dahin. Darüber hinaus setzen wir zur Verbesserung der Qualität der Kitas pro Jahr weitere drei Millionen Euro ein.“

Erhöht wird auch die Jugendpaulschale, und zwar um drei Millionen Euro auf je 15 Millionen Euro. „Damit setzen wir ein weiteres Versprechen der rot-rot-grünen Koalition um.“ Ebenso gibt es mehr Geld für das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“/Gewaltprävention. Die Ausgaben dafür steigen um eine halbe Million Euro auf 5,28 Millionen im Jahr 2018.

Für den Bereich des Sozialen, wo ebenfalls die LINKE die Verantwortung trägt, ist hervorzuheben, dass jetzt ein Sinnesbehindertengeld eingeführt wurde. Gefördert wird der Ausbau der Thüringer Kitas zu Eltern-Kind-Zentren und ab dem nächsten Jahr ein Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“. Angebote zur Entlastung pflegender Angehöriger von

Pflegebedürftigen werden auf- und ausgebaut.

7,5 Millionen Euro werden jährlich für Maßnahmen der öffentlich geförderten und gemeinwohlorientierten Beschäftigung eingesetzt und damit langzeitarbeitslose Menschen bei der Integration ins Erwerbsleben unterstützt. Finanziert werden eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Integration sowie gesundheitlichen Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen.

Der LINKE-geführte Bereich Infrastruktur und Landwirtschaft konzentriert sich auf drei Aspekte: „Wir investieren massiv in die Infrastruktur für Schulen, für Kultur sowie für den Breiten- und Spitzensport.“ Allein das Schulbauprogramm erhält mehr als 150 Millionen Euro zusätzlich.